

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heimat G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

36. Jahrgang / 164

31. August 1961

**Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer, erinnert daran, daß seit 75 Jahren die Bildungskommission der Partei arbeitet: Nicht nur die Hülle ändern.**

Seite 1

**Günter Schluckebier MdB fordert erhöhte Aufmerksamkeit für die ärmsten der Entwicklungsländer: Jede Chance nutzen!**

Seite 4

**Hans-Jochen Vogel MdB, Mitglied des SPD-Präsidiums, würdigt Olaf Sund zu dessen 50. Geburtstag: Ein Mann des Vertrauens.**

Seite 5

**Ulrich Lang MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württembergs, sieht Späths Medienpolitik gescheitert: Trotz Finten und Vernebelung.**

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

**Nicht nur die Hülle ändern**

-----  
Seit 75 Jahren arbeitet die SPD-Kommission Bildungspolitik

Von Dr. Peter Glotz  
Bundesgeschäftsführer und Vorsitzender der SPD-Bildungskommission

Fast auf den Monat genau ist es jetzt 75 Jahre her, daß auf dem Mannheimer Parteitag der SPD im September 1906 der Vorläufer der heutigen Kommission für Bildungspolitik, der Zentralbildungsausschuß, gegründet wurde. Hugo Heilmann, der als jüdischer Sozialdemokrat 1939 Nazi-Deutschland noch verlassen konnte, ein erfolgreicher Berliner Verleger, Ehrenbürger Berlins wegen seiner kommunalpolitischen Verdienste im ersten Viertel dieses Jahrhunderts, zum Beispiel als erster privater Gründer einer "öffentlichen Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann" im Berliner Südosten, war bis zum Ersten Weltkrieg ihr erster Vorsitzender.

Die SPD kämpfte seit ihrer Gründung für das Aufheben der ökonomischen Ungleichheiten, für den Abbau der sozialen und bildungsmäßigen Benachteiligungen. Zum ersten Male programmatisch zusammengefaßt wurde dies 1906 in Mannheim mit den Thesen "Sozialdemokratie und Volkserziehung", die von Clara Zetkin und Heinrich Schulz, dem späteren Vorsitzenden des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit (wie der Bildungsausschuß nach dem Ersten Weltkrieg genannt wurde), verfaßt wurden.

Einige der damaligen Hauptforderungen waren zum Beispiel:

- Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Weltlichkeit und Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens;
- organische Angliederung der höheren an die niedrigeren Bildungsanstalten;
- Gleichberechtigung der Geschlechter in den Lehrkörpern und der Schulverwaltung, Mitwirkung der Eltern und der Lehrerschaft bei der Schulverwaltung, Fachschulaufsicht;

Printed in Germany  
by Schmidt & Buchholz  
Königsberg, Prussia



- Errichtung von Erziehungs- und Verpflegungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter (Kindergärten) weltlichen Charakters;
- Einführung des Arbeitsunterrichts in allen Schulen, Errichtung von Lehrwerkstätten, Pflege der künstlerischen Bildung;
- Festsetzung der Klassenfrequenz und der Unterrichtszeit, sowie Organisation des inneren Schulbetriebes ausschließlich nach pädagogischen Grundsätzen unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen;
- Errichtung von Volksbibliotheken, Lesehallen und Instituten für Volksbelehrung und -unterhaltung (Volkskonzerte, Volksvorstellungen und so weiter);
- materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen, entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgabe zur Erzielung der höchsten persönlichen Leistungsfähigkeit, Universtitätsbildung für sämtliche Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen.

Viele dieser genannten Forderungen sind heute erfüllt. Aber die Diskussion der letzten Jahre, zum Beispiel über die Einrichtung von Gesamtschulen zeigen, daß auch 75 Jahre später die "organische Angliederung der höheren an die niederen Bildungsanstalten" noch nicht so erreicht wurde, daß in allen Bundesländern von Chancengleichheit für alle jungen Bürger gesprochen werden kann.

Bei der Diskussion der Thesen forderte Clara Zetkin schon damals, daß "die Erziehung des Hauses das gemeinschaftliche Werk der Eltern sein soll", um dem "alten Vorurteil von höherwertiger Männerarbeit und minderwertiger Frauenarbeit entgegenzuwirken". Auch dieses Problem hat heute noch nichts von seiner sozialen Brisanz verloren. Hinter allen Diskussionen und Thesen stand vor 1918 der Wunsch, durch die Arbeit im Bereich der Erziehung, der Bildung und der Kunst eine sozialdemokratische Identität zu entwickeln, die als Vorbild im politischen wie im sozialen und privaten Bereich wirken konnte. Die Vereinsgesetze des Kaiserreichs verhinderten die Gründung sozialdemokratischer Kulturorganisationen. Erst während der Weimarer Republik konnte sich das kulturelle Leben ungehindert entfalten.

1925 unterhielt allein die SPD rund 600 Arbeiterbüchereien, das Leipziger Arbeiterbildungsinstitut führte sozialistische Kulturwochen und Kulturkonferenzen durch, im gleichen Jahr wurde der Sozialistische Kulturbund, der Zusammenschluß aller sozialdemokratischen Kulturorganisationen, gegründet. wie alle anderen Organisationen unserer Partei wurde er 1933 zerschlagen.

Unter der Leitung von Willi Eichler und Waldemar von Knoeringen setzte nach 1945 erst der Kulturpolitische Ausschuß, dann der Bildungspolitische Ausschuß, die Arbeit des zentralen Bildungsausschusses fort. Gegenüber der Weimarer Zeit sind erhebliche Verbesserungen erreicht worden.

Die formalen Zugangschancen zur Bildung haben sich durch Schulgeldfreiheit und Lehrmittelfreiheit (außer in Niedersachsen), durch Förderung von "Honnef" und "Bafög" entscheidend verbessert. Soziale und Bewußtseinsunterschiede führen jedoch noch immer dazu, daß die Möglichkeiten unterschiedlich ausgenutzt werden. Die Arbeit der letzten 30 Jahre bestand darin zu versuchen, die Bildungs- und Kulturpolitik der Bundesländer so zu koordinieren, daß Ungleichheiten und Gefälle im Bildungssystem nicht unüberwindbar werden.



Die bildungspolitischen Leitsätze des Jahres 1964 und das Modell für ein demokratisches Bildungswesen (1969) waren die Grundlagen für die Entwicklungen im Bildungsbereich der 70er Jahre. Die Kindergartenversorgung wurde entscheidend verbessert, die Grundschulklassen wurden verkleinert, die Mittel- und Oberstufen reformiert. Umfang und Art der beruflichen Ausbildung wurde den neuen Anforderungen des Berufslebens angepaßt, die Vorschläge zur Reform der Hochschulen (1969) sind heute Realität geworden. Für die theoretischen Vorarbeiten standen damals Heinz Kühn, Vera Rüdiger und Johannes Rau verantwortlich an der Spitze der bildungspolitischen Kommission.

Selbstkritisch muß ich als einer, der lange Jahre im Bildungswesen und in vielen Kommissionen dieses Bereichs tätig war, zugeben, daß die Inhalte der Bildung, neben der Organisation, manchmal zu kurz gekommen sind. Zukünftig müssen wir noch mehr als bisher klar machen, warum Reformen im Bildungswesen für die Betroffenen Vorteile bringen und nicht nur die Hülle ändern.

Auch bei zunehmenden wirtschaftlichen Problemen muß zum Beispiel die Gesamtschuldebatte weitergeführt werden. Nicht weil wir große Schulen wollen, sondern weil wir gegen das Festschreiben des dreigliedrigen Schulsystems mit all seinen Ungerechtigkeiten und gegen das Aufrechterhalten des Konkurrenzprinzips bis ins dritte Jahrtausend sind. Wir wollen in den nächsten Jahren zurückkehren zu einer "anthropologischen Orientierung der Politik" (Waldemar von Knoeringen), um zu verhindern, daß die konservativen Ideen in Gesellschaft und Bildung wieder bestimmend werden. Der Beginn der Diskussion über sozialdemokratische Werte und Vorstellungen im Bereich der Kultur und Bildung in Niedersachsen und Baden-Württemberg zum Beispiel lassen erkennen, daß die SPD aus Fehlern der letzten Jahre gelernt hat.

Je mehr wir darüber nachdenken, was im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik uns heute notwendig ist, umso besser gelingt es auch den Stiefkindern der Bildungs- und Kulturpolitik, "vom großen Brotlaib sich ein Teil zu schneiden", wie Bert Brecht in der Dreigroschenoper sagt.

(-/31.8.1981/ks/ca)

+ + +



Jede Chance nutzen!  
-----

### Erhöhte Aufmerksamkeit für die ärmsten Länder

Von Günter Schluckebier MdB

SPD-Obmann im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Die Auswertung von 20 Jahren internationaler Entwicklungspolitik haben es gezeigt, und die Weltbank sieht es für die Zukunft voraus: Der Fortschritt in der Dritten Welt, bescheiden wie er ohnehin ist, verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle, sondern bevorzugt bestimmte Länder, bestimmte Bevölkerungsschichten, bestimmte Branchen. An den Ärmsten geht er vorbei, an den ärmsten Menschen ebenso wie an den ärmsten, den an wenigsten entwickelten Ländern (LLDC).

Dies ist schon lange bekannt, und die Reihe der Versuche, das Problem zu lösen, ist lang. Es gibt Resolutionen, internationale Aktionsprogramme und Sonderprogramme. Die Bundesregierung hat ihnen die öffentlichen Schulden erlassen; pro Kopf der Bevölkerung erhalten sie von uns drei mal so viele Entwicklungshilfe wie die weiter fortgeschrittenen Länder. Rohstoffabkommen und Exporterlös-Mechanismen sehen besondere Vergünstigungen für diese Ländergruppe vor. Ohnehin gehören mehr als zwei Drittel der LLDC dem Lomé-Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit fast 20 Entwicklungsländern an. Dennoch haben sich ihre Lage und die Lebensbedingungen der meisten dort lebenden Menschen kaum verbessert - ja, in wenigen Bereichen verschlechtert.

Die Tatsache, daß von diesem Problem nahezu 300 Millionen Menschen betroffen sind, erlaubt uns kein resignierendes Achselzucken. Für sie ist die am 1. September beginnende Konferenz der Vereinten Nation für die am wenigsten entwickelten Länder eine neue Hoffnung, aus ihrem Elend eines Tages doch noch herauskommen zu können. Das Treffen in Paris ist zu begrüßen, weil wir die Pflicht haben, jede sich bietende Chance zur Lösung des Problems der LLDC zu nutzen. Zynismen über den internationalen Konferenzzirkus helfen nicht weiter, weil nur internationale Aktionen helfen können.

Den Entwicklungsländern wird es dabei auch um mehr Geld gehen. Die Industriestaaten des Westens sind ja weit hinter ihren Zusagen zurückgeblieben, deren Einlösung in der heutigen Zeit nicht einfacher geworden ist. Aber es geht auch um anderes:

- Die Politik des Internationalen Währungsfonds bedarf gerade gegenüber den LLDC der Überprüfung;
- Verzicht auf Schutz gegen Importe aus LLDC, weitere Öffnung unserer Märkte für ihre Produkte sind notwendig;
- Die Möglichkeiten zum Ersatz von Exporterlösausfällen müssen erweitert werden.

Die Bundesregierung widmet den ärmsten Entwicklungsländern seit einiger Zeit erhöhte Aufmerksamkeit. Unsere Hilfe für diese Länder ist vorbildlich. Das Lomé-Abkommen kann ein Modellfall für die Beziehungen zu den LLDC sein. Diese Vorreiterfunktion birgt Verantwortung, der die Bundesregierung gerecht werden muß. (-/31.8.1981/ks/ca)

+ + +



Ein Mann des Vertrauens  
-----

Zum 50. Geburtstag von Olaf Sund

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums

Man sagt, daß kaum ein Beruf einen Menschen so verändere, ja deformiere, wie der des Politikers. Olaf Sund, der am 31. August seinen 50. Geburtstag feiert, widerlegt diese Behauptung - jedenfalls für seine Person. Er hat seine Menschlichkeit, seine Sensibilität, sein Mitfühlen- und Mitleidenkönnen in all seinen politischen Funktionen bewahrt, ja, er hat diese Eigenschaften und Fähigkeiten im Laufe der Jahre eher noch entwickelt und gesteigert.

Dazu mag sein Lebensweg beigetragen haben. Der gebürtige Schleswig-Holsteiner hat als Arbeiter und als Verwaltungsangestellter zunächst die verschiedenen Formen der Arbeitswelt kennengelernt, bevor er sich über den 2. Bildungsweg als Diplom-Volkswirt qualifizierte und nach mehrjähriger Tätigkeit in der Industrie in die Erwachsenenbildung ging und dabei als Dozent und schließlich als Leiter an der Heimvolkshochschule Hustedt wirkte. So vorbereitet übernahm er 1970 als Mitglied des niedersächsischen Landtages, von 1971 an als Bundestagsabgeordneter, politische Verantwortung. 1977 folgte er dem Ruf Dietrich Stobbes und trat als Senator für Arbeit und Soziales in den Senat von Berlin ein. Seit 1979 gehört er auch dem Abgeordnetenhaus von Berlin an.

Das sind nicht wenige Stationen für zwei Jahrzehnte politischer Aktivität. Das läßt Bereitschaft zur Veränderung erkennen; dazu, auch die eigene Person hinter der jeweiligen Aufgabe zurücktreten zu lassen. Dabei zieht sich wie ein roter Faden durch alle Stationen der Wille, den Mitmenschen, vor allem denen, die in abhängiger Arbeit stehen, denen, die der Hilfe bedürfen, das Leben zu erleichtern und ihnen Hoffnung und Zuversicht zu geben.

Auf diesem Fundament hat der Sozialpolitiker Olaf Sund seine großen Erfolge erzielt - als einer der Vorkämpfer für die erweiterte Mitbestimmung und für das deutsch-polnische Sozialversicherungsabkommen im Bundestag und auf dem Gebiet der Berufsausbildung, der Behindertenarbeit und der Sorge für die Senioren in Berlin. Die Steigerung der Zahl der Ausbildungsverhältnisse von 22.300 im Jahre 1976 auf 33.700 bis Ende 1980 ist ebenso mit seinem Namen verbunden wie die Einführung des Telebussystems oder die Errichtung von Seniorenfreizeitheimen - um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir Sozialdemokraten wollen unsere Berührungsflächen mit der Bürgerschaft wieder verbreitern und durchlässiger machen - übrigens nicht nur in Berlin. Olaf Sund war und ist sich dessen stets bewußt. Unermüdlich hat er in Berlin die Arbeitnehmer in den Betrieben besucht - darunter als Senator über 14 mal in Nachtschichten. Durch seine Initiative entstanden die regelmäßigen Gesprächsrunden des Senats mit den Betriebsräten. Kaum ein Gewerkschaftstag findet statt, auf dem er nicht zugegen ist und das Wort ergreift. Es gibt wohl keine Organisation in seinem Arbeitsgebiet, der er nicht zu jeder Zeit als Gesprächspartner zur Verfügung stünde.

Olaf Sund ist kein Mann des lauten Wortes der glatten oder gar schrillen Formeln. Er hat Gegner, aber keine Feinde. Er verkörpert sozialdemokratische Tradition im besten Sinne und vor allem: Er weckt Vertrauen und weiß es zu pflegen und zu erhalten.

Die Berliner Sozialdemokraten sind stolz darauf, Olaf Sund zu den Ihren zählen zu können. Sie wünschen ihm noch viele Jahre erfolgreicher Arbeit und genügend Muße, damit er sich von Zeit zu Zeit auch um seinen Garten in der Lüneburger Heide kümmern kann.

(-/31.8.1981/ks/ca)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



**Trotz Finten und Vernebelung**  
-----

**Späths Medienpolitik ist gescheitert**

Von Ulrich Lang MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Der Schock nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bei der CDU des Landes sitzt tief. Auf seinem forschen medienpolitischen Kurs hat Späth Schiffbruch erlitten, ob er es öffentlich eingestehen will oder nicht. Dies ist der einzig mögliche Schluß aus der Stellungnahme der baden-württembergischen Regierung auf einen Antrag der SPD.

Damit war die Regierung aufgefordert worden zu erklären, welche Konsequenzen sie aus der in Karlsruhe neuerlich mit Gesetzeskraft festgestellten Rechtslage zu ziehen gedenkt. Auf unsere klaren Fragen hat es jedoch nichts anderes als Ausflüchte gegeben, die zudem noch teilweise falsch oder ohne jeden Aussagewert sind.

Immerhin hat die Regierung eingeräumt, die Zulassung privater Programmveranstalter zu beabsichtigen. Die derzeit kaum überwindlichen verfassungsrechtlichen Hürden jedoch sind sorgfältig verschwiegen worden.

Die Verunsicherung wird aber zwischen den Zeilen deutlich, wenn die mit großen Vorschußlorbeeren geschmückte Arbeitsgruppe nun allenfalls "bis Ende des Jahres einen ersten Zwischenbericht" ankündigt. Vor kurzem noch hat man großspurige Töne gehört, nach denen noch Ende 1981 der Entwurf des umfassenden Landesmediengesetzes fertig sein soll. Ob Herrn Herzog wohl solcher Erwartungsdruck freut, nachdem jener erst Ende Juli ausführlich über den Berg von Rechtsproblemen geklagt hat, die sich vor ihm und seiner Arbeitsgruppe nunmehr auftürmen?

Besonders ärgerlich ist, daß das Stuttgarter Staatsministerium im Medienpoker nach wie vor mit gezinkten Karten spielt. Man versucht, mit allerlei Finten der Öffentlichkeit einzusuggerieren, daß das Verfassungsgericht den Auftrag erteilt hat, privates Fernsehen einzuführen und gesetzlich zu regeln.

Dies ist jedoch ein Akt arglistiger Täuschung. Das Urteil vom 16. Juni sagt allenfalls, daß privates Fernsehen grundsätzlich möglich sei und daß dann, wenn man es überhaupt zulassen wolle, eine gesetzliche Regelung mit einer Fülle von Bedingungen und Kautelen notwendig sei.



Man verschweigt außerdem vorsätzlich, daß das Gericht das bestehende System für befriedigend und verfassungsrechtlich korrekt hält. Ebenso ist es eine kaum glaubliche Verdrehung der Tatsachen, wenn behauptet wird, nach diesem Urteil sei ein freier Zugang zu den elektronischen Massenmedien möglich. Genau diesem sogenannten Marktmodell hat das Gericht eine unmißverständliche Abfuhr erteilt, etwa durch Formulierungen wie: "Die Frage, wem eine der knappen Möglichkeiten zur Programmveranstaltung zugutekommen soll, darf nicht dem freien Spiel der Kräfte anheingegeben werden." In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach den bestimmenden Faktoren der Medienpolitik in der Landes-CDU: Ist es Unfähigkeit oder Ignoranz?

Vollends ins Schlingern ist Ministerpräsident Späth bei der Frage geraten, ob die ausschließliche Beteiligung von Verlegern bei neuen Veranstaltungskonstruktionen noch haltbar sei. Einerseits wird dies in der Stellungnahme aufrechterhalten, andererseits aber der Zwang anerkannt, die "gesellschaftlich relevanten Gruppen im lokalen Bereich angemessen zu berücksichtigen". Dies ist nichts weniger als der Versuch der Quadratur des Kreises, den man der Arbeitsgruppe der CDU und dann wohl auch dem Parlament zumuten wollte.

Späth ist als Vorreiter einer neuen Medienpolitik gescheitert. Statt nun aber den geordneten Rückzug anzutreten, verstrickt er sich immer mehr in sein politisch falsches und verfassungsrechtlich riskantes Abenteuer. Vielleicht hat der Lernprozeß im Stillen schon begonnen, nur hört man ihn vor lauter Durchhalteparolen noch nicht.

(-/31.8.1981/va-he/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

